

[\[Go To Best Hit\]](#)© **Neue Zürcher Zeitung**; **27.11.2002**; Nummer 276; Seite 23

Wirtschaft Text (WIRTSCHAFT)

Verpasste Chancen des Alleingangs

Ein «verlorenes» Jahrzehnt der Schweiz

*Die Schweiz hat nach dem Nein des Souveräns zum EWR die Chancen des **Alleingangs** nicht genutzt. Eine Studie von **Avenir Suisse** zeigt, dass sie vor allem beim Wachstum weit hinter den anderen europäischen Staaten herhinkt. Erklären lässt sich dies nicht zuletzt mit einem grossen Reformrückstand.*

G. S. Zehn Jahre sind es her seit dem EWR-Nein der Schweiz vom 6. Dezember 1992. Schon damals war klar, dass ein grosser Teil des von einem EWR-Ja erhofften Wachstumsschubs auch autonom, durch eigene Anstrengungen, erzielbar wäre. Prof. Heinz Hauser schätzte diesen autonomen Beitrag auf rund zwei Drittel der mit dem EWR verbundenen Liberalisierungsgewinne. Theoretisch war dies zweifellos richtig, doch in den Niederungen der schweizerischen Politik stellte sich die Realität anders dar. Die nötigen Reformen der Rahmenbedingungen wurden nur zögernd umgesetzt, viele Öffnungen nach aussen und nach innen erfolgten erst mit zehnjähriger Verspätung und dann oft auch nur halbhatzig. Die Schweiz blockierte sich selbst - in einer Mischung aus Nabelschau und ideologischem Hickhack.

Beunruhigende Entwicklungen

Die Stiftung **Avenir Suisse** hat nun in einer Studie, die im Dezember im Buchhandel erscheinen soll (Uwe Wagschal, Daniele Ganser, Hans Rentsch: Der **Alleingang** - Die Schweiz zehn Jahre nach dem EWR-Nein; Orell Füssli), zeitgerecht versucht, Bilanz zu ziehen. Sie tut dies ohne «Blick zurück im Zorn», zelebriert keine späte Trauer über das EWR-Nein und setzt erst recht keine Hoffnungen auf einen europäischen «Deus ex Machina». Der Think-Tank belegt vielmehr über weite Strecken, dass die unbefriedigende wirtschaftliche «Performance» der Schweiz hauptsächlich hausgemachte Ursachen hat. Und unbefriedigend ist der Leistungsausweis fürwahr. Die Bilanz fällt ernüchternd, ja alarmierend aus.

In sieben Bereichen, nämlich Wohlstand und Wachstum, Produktivität, Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, Preisniveau und Inflation, Aussenhandel und Direktinvestitionen, öffentliche Finanzen sowie schliesslich Sozialausgaben, wird die Schweiz - meist über die Periode von 1992 bis 2001 hinweg - mit den EU-/EWR-Ländern verglichen. Dabei zeigt sich zunächst ein gar nicht so schlimmes, jedenfalls gemischtes Bild. Analysiert man die guten und

schlechten Rangierungen der Schweiz (vgl. Tabellen) jedoch genauer, ergibt sich schliesslich doch eine klare und beunruhigende Aussage: Die Schweiz nimmt vor allem dort Spitzenplätze ein, wo es um absolute Vergleiche von Bestandesgrössen geht: Der Wohlstand ist hoch, die Arbeitslosigkeit niedrig und die Wettbewerbsfähigkeit gut. Problematischer sieht es dagegen aus, wenn man Veränderungsdaten betrachtet, die Entwicklungstrends zum Ausdruck bringen. Da liegt die Schweiz ganz weit hinten, handle es sich nun um das gesamtwirtschaftliche Wachstum oder um die Zunahme der Arbeitsproduktivität, um die Zunahme der Staatsausgaben oder um das Wachstum der Sozialausgaben.

Unter 2% Wachstum eine Katastrophe

Extrapoliert man gewisse dieser Trends in die Zukunft (was nicht als Prognose verstanden werden sollte), wird deutlich, wie dramatisch die Lage heute schon ist. Das gilt in erster Linie für das Wachstum. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Expansion von 1,1% zwischen 1992 und 2001 lag die Schweiz auf dem letzten Platz der EU-/EWR-Länder, deren Wachstum fast dreimal so hoch (2,9% jährlich) ausfiel. Setzte sich das so fort, fiel die Schweiz in Sachen Wohlstand vom zweiten Platz bis zum Jahr 2015 auf den elften Platz zurück; Länder wie Finnland oder Österreich, die noch 1960 nur halb so reich waren wie die Schweiz, wären dann wohlhabender. Die Studie ist denn auch zu Recht ein einziges Plädoyer für mehr Wachstum, etwa wenn sie den deutschen Finanzminister Eichel mit der Aussage zitiert: «Unter 2% Wachstum beginnt die Katastrophe.»

Wandel aus eigener Kraft

Wie soll dieses Wachstum erreicht werden? Die Stossrichtung ist klar und eindeutig: Das Reformdefizit gegenüber dem restlichen Europa muss und soll aus eigener Kraft abgebaut werden. Ein Beitritt zur EU zur Lösung der Wachstumsprobleme gehört gemäss der Studie ins Reich der Illusionen, und der Mehrwert eines EWR II ist nach den Bilateralen I kaum ersichtlich. Bleibt also der **Alleingang**, und zwar eventuell sogar ohne Bilaterale II, weil in der Schweiz nur wenige Interessengruppen auszumachen seien, welche die Bilateralen II als unumgängliche Voraussetzung für das Gedeihen des Landes propagierten.

Das Wachstumsprogramm von **Avenir Suisse** weist sechs Stossrichtungen auf, bleibt aber auf einer sehr generellen Ebene:

1. Vermeidung von Abschottung und Protektionismus, stattdessen Offenheit auf allen Märkten, auch gegenüber der Zuwanderung der «besten Köpfe».
2. Fortsetzung der Politik der Marktöffnung trotz Rückschlägen wie der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes; Revitalisierung des Binnenmarktgesetzes.
3. Reduktion der Belastung der Steuerbürger und der

Unternehmen (gemäss **Avenir Suisse** liegt die Staatsquote, die alle Institutionen berücksichtigt, die sich aus obligatorischen Abgaben finanzieren, derzeit in der Schweiz bei genau 50%), also kein Ausbau des Sozialstaates und der Staatsquote, sondern Stärkung von Selbstverantwortung und Selbstvorsorge.

4. Förderung von Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, unter anderem auch durch den effizienteren Einsatz der Mittel.
5. Bewahrung der historischen Errungenschaften des Wirtschaftsstandortes Schweiz; dazu zählen in erster Linie der flexible Arbeitsmarkt, die geringe Streikaktivität, die überwiegend dezentrale Lohnfindung, die Qualität der Infrastruktur, die allgemeine Sicherheit und die hohe Lebensqualität.
6. Steigerung der Produktivität als Schlüssel zu mehr Wachstum und Wohlstand.

Die Reformliste von **Avenir Suisse** ist weder neu noch originell, wie könnte sie auch, sie repetiert eher im Sinn eines «ceterum censeo», was seit Jahren hierzulande diskutiert und gefordert, aber schliesslich nicht umgesetzt wird, und sie knüpft damit (eigentlich logischerweise) an das umstrittene Weissbuch von 1995 an. Allerdings vermeidet es die Studie - wohl klugerweise -, zu detailliert zu werden, und sie versucht, möglichst technokratisch zu argumentieren. «Die Forderung nach «mehr Markt» markiert heute keine ideologische Position mehr, sondern . . . ist . . . schlicht eine ökonomische und vor allem auch sozialpolitische Notwendigkeit.» Im Ausland scheine «mehr Markt» denn auch weniger Abwehrreflexe auszulösen als in der Schweiz. Die Vorschläge seien nicht gegen den (Sozial-)Staat gerichtet, im Gegenteil. Um den Wohlfahrtsstaat nachhaltig zu sichern, müssten die fast schon rituellen Glaubenskriege der helvetischen Liberalisierungsdebatte überwunden und die Märkte geöffnet werden mit dem einen Ziel: wirtschaftliches Wachstum. Damit dürfte die Studie auch in einem anderen Sinn zeitgemäss sein, denn kaum etwas brennt den Bürgerinnen und Bürgern zurzeit so sehr unter den Nägeln wie die wirtschaftliche Flaute, von der man nicht genau weiss, ob sie nun konjunkturell oder auch strukturell bedingt ist.

Die Schweiz auf hinteren Rängen

Indikator	Art des Indicators ¹	Rangierung
Sozialausgabenquote		Fünftschlechtester

(Stand 1998)	S	Wert ²
Staatsschuldenquote		Viertschlechtester
Veränderung 1992-2001)	V	Wert
Erwerbsquote		Drittschlechtester
(Veränd. 1990/92-2001)	V	Wert ²
Abgabenquote		Zweitschlechtester
(Veränderung 1992-2001)	V	Wert
Sozialausgaben		Schlechtester
(Veränderung 1992-1998)	V	Wert ²
Arbeitsproduktivität (durchschnittl. Veränd. 1991-2001)	V	Schlechtester
Wirtschaftswachstum (durchschnittl. Veränd. 1992-2001)	V	Wert ²
Preisniveau		Schlechtester Wert
(Stand 2001)	S	Schlechtester Wert
Staatsausgabenquote		Schlechtester Wert
(Veränderung 1992-2000)	V	Schlechtester Wert

¹ S = Stand; V = Veränderung; die Rangierungen bei den Bestandesgrössen sagen eher etwas über die Vergangenheit, die Rangierungen bei den Veränderungsgrössen mehr über die Zukunft aus; ² von 17 Ländern, weil Belgien und Luxemburg zusammen betrachtet werden oder Luxemburg statistisch nicht erfasst wird.

Die Schweiz auf Spitzenplätzen

Indikator	Art des Indikators ¹	Rangierung (unter 18 Ländern)
Erwerbsquote		
(Stand 2001)	S	Bester Wert
Preise (durchschnittliche Veränderung 1992-2001)	V	Bester Wert
Direktinvestitionen im Ausland		
(kumuliert 1992-2001)	S	Zweitbester Wert ²
Staatsausgabenquote		
(Stand 2001)	S	Zweitbester Wert ³
Kaufkraft des Einkommens		
(Stand 2000)	S	Drittbesten Wert

Wohlstand, Lebensstandard

(Stand 2001) S Drittbester Wert

Aktuelle Wettbewerbsfähigkeit

(2001) S Viertbester Wert²

Arbeitslosenquote

(Stand 2001) S Viertbester Wert

Fiskal- oder Abgabenquote

(Stand 2000) S Viertbester Wert

¹ S = Stand; V = Veränderung. Die Rangierungen bei den Bestandesgrössen sagen eher etwas über die Vergangenheit, die Rangierungen bei den Veränderungsgrössen mehr über die Zukunft aus; ² unter 17 Ländern, weil Belgien und Luxemburg zusammen betrachtet werden, oder Luxemburg statistisch nicht erfasst wird; ³ allerdings nur nach schweizerischer Definition; gemäss OECD-Abgrenzung läge die Schweiz im letzten Drittel.

www.swissdox.ch · E-Mail: contact@swissdox.ch